

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Postlohn vierteljährlich 2050 M., monatl. 600 M., Bei Postbezug viertelj. 1980 M., monatl. 660 M. In Deutschland unter Briefband monatl. 200 M. deutsch. — Einzelnummer 40 M. — Bei höherer Gewalt, Betriebsführung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Für die 34 mm breite Kolonialzeile 100 Mark, für die 90 mm breite Reklamezeile 400 Mark. Deutschland und Freistaat Danzig 25 bezv. 100 deutsche Mark. — Bei Plakatvorläufen und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offerten, um Auslandsgebühr 200 M. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postcheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 249.

Bromberg, Sonnabend den 25. November 1922.

46. Jahrg.

Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden?

(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 23. November. Die „Rzeczpospolita“ erfährt aus Posen, daß die deutsch-polnischen Dresden Verhandlungen abgebrochen worden oder wenigstens dem Abbruch nahe seien, weil Polen den Abzug aller Vertreter forderte, wogegen die deutsche Delegation protestierte. Das Gerücht ist jedoch mit Vorbehalt anzunehmen, da den hiesigen deutschen und polnischen Amtsstellen noch nichts davon bekannt ist.

In der Frage der deutsch-polnischen Verhandlungen, die gegenwärtig in Dresden stattfinden, erhält die „Rzeczpospolita“ bereits vor der sensationellen Nachricht über den Abbruch der Konferenz folgende Informationen, die einen Einblick in den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen gestatten. Die Arbeiten der polnischen sowie der deutschen Delegation begannen am 6. September d. J. Die Rechtskommission prüft die verwickelte Frage des Bürgerrechts und der Option. Diese Frage ist von großer Bedeutung, da es unerlässlich ist, mit aller Genauigkeit festzustellen, welche Kategorien der ehemals deutschen Staatsbürger die polnische Staatszugehörigkeit erworben haben.

Die Archivkommission beschäftigt sich mit der Frage, welche Akten und Archive aus dem Polen zuverlässigen Gebiete der polnischen Regierung zurückzugeben wären.

Die Kommission für den Transit aus Deutschland nach Russland prüft diese Frage vom Standpunkte der Eisenbahn, der Zoll und der Seeserverwaltung. Die Arbeiten der Kommission sind bereits ganz erheblich vorgeschritten.

Die Kommission für Invalidenrente arbeitet an der Frage, in welchem Maße sich Deutschland an den Summen, die die polnische Regierung den Invaliden des deutschen Heeres sowohl aus dem Weltkriege als auch den früheren Kriegen zahlt, beteiligen soll.

Die Gerichtskommission beschäftigt sich mit den Erleichterungen im gegenseitigen Verkehr der Gerichtsbehörden eines und des anderen Staates. In dieser Frage ist bereits ein Einvernehmen erzielt worden.

Bei Ausbruch des Krieges befanden sich auf dem Gebiete des Deutschen Reiches etwa 900 000 polnische Saisonarbeiter, deren Verhältnis zu den Arbeitgebern durch Verträge geregelt war, die zwischen den beiden Parteien abgeschlossen wurden. Mit dem Beginn der Kriegsaktionen wurden diese Verträge durch die deutschen Behörden für ungültig erklärt, und die Arbeiter wurden als internierte russische Staatsbürger zur Arbeit gezwungen. Die Forderung auf Entschädigung in allen diesen Fällen ist Gegenstand der Arbeit einer besonderen Kommission. Diese Kommission beschäftigt sich auch gleichzeitig mit der Frage der Entschädigung der russischen Gefangenen, die jetzt polnische Staatsbürger sind, für ihre geleistete Arbeit.

Eine große Zahl polnischer Staatsbürger, besonders in Oberschlesien, ist im Besitz von Gütern, die auf dem deutschen Gebiet gelegen sind. Nach dem Einkommensteuergesetz, das sowohl in Polen als auch in Deutschland gilt, ist jedermann verpflichtet, sein Einkommen aus dem ganzen Vermögen nachzuweisen, ohne Rücksicht darauf, in welchem Lande sich dieses Vermögen befindet. Auf Grund dieses Nachweises erfolgt die Einschätzung zur Einkommensteuer. Auf diese Weise kann die betreffende Person der Gefahr ausgelebt werden, die Steuer an den preußischen Fiskus zu zahlen. Der polnische Delegierte Minister Olszowski machte in den letzten Tagen dem deutschen Bevollmächtigten den Vorschlag, durch eine Kommission ein Projektentwurf zu lassen, nach welchem für diese Frage eine beide Teile befriedigende Lösung gefunden werden kann.

Alle diese Fragen bilden kaum einen Bruchteil des Programms der deutsch-polnischen Verhandlungen, das noch eine ganze Reihe von Verrechnungsfragen aus früheren Zeiten umfaßt. Es ist klar, daß die gründliche Prüfung der Probleme, von denen die Rede ist, und die Abschaffung einer entsprechenden Konvention die beiden Delegationen noch etliche Monate im Anspruch nehmen werden.

Das Wahlergebnis in Wolhynien.

Der deutsche Sejmabgeordnete für die Wojewodschaft Wolhynien, Otto Sommer, nimmt in der „Podzner Fr. Presse“ zu den viel besprochenen Wahlen seines Bezirks in folgender Weise Stellung:

Die amtliche Bekanntgabe des Ergebnisses der Sejm- und Senatswahlen in Wolhynien ist bereits erfolgt und sie bestätigt die Tatsache, daß von den 16 Sejm- und 5 Senats-Mandaten der Wojewodschaft Wolhynien auch nicht eins den polnischen Parteien zugeschlagen ist. Die polnische öffentliche Meinung ist über diesen Erfolg der Minderheiten enttäuscht und schreibt ihn einer geheimen deutsch-österreichisch-bolschewistischen Wahlarbeit zu. Durch die Presse ergibt der Ruf nach einer Ungültigkeitserklärung der Wahlen.

Wer sich die Mühe gemacht hat, das zahlreiche Verhältnis der dortigen Bevölkerung auf Grund der amtlichen Volkszählung vom Jahre 1922 nachzuprüfen, und wer die Möglichkeit gehabt hat, mit der Politik in den Ostmarken in Verbindung zu kommen und daraus hin die Stimmung der dortigen Bevölkerung zu prüfen, für den ist das Wahlergebnis in Wolhynien weder eine Überraschung noch ein Auffall, sondern die logische Folge einer langen Reihe schwerwiegender politischer Fehler, die sich schon in aller Frühe bitter zu rächen beginnen.

Nehmen wir z. B. den Wahlkreis Luck-Rowno. Laut der polnischen amtlichen Statistik sind dort 100 637

Polen und 566 165 Nichtpolen (inni) in beiden Kreisen angesiedelt. Da hier sechs Mandate zu erringen waren, so waren für jedes 111 000 Stimmen erforderlich. In Ambrach dessen, daß die Minderheiten, mit Ausnahme der Russland- und Ostukrigruppe geschlossen in den Wahlkampf zogen, die polnischen Parteien aber mit acht Listen aufmarschierten, so standen die Polen von vornherein auf einem verlorenen Posten. Die Wahlordnung, die im Kreise Luck-Rowno 111 000 und im Wahlkreis Krakau 42 000 Stimmen für ein Mandat erforderlich mache, trägt einen großen Teil der Schuld an der Niederlage der polnischen Parteien. Sogar bei einem Zusammenschluß aller polnischen Parteien wäre ein polnisches Mandat unsicher gewesen.

Es bleibt die Frage offen, weshalb die Minderheiten ihre Stimmen nicht für polnische Listen abgegeben haben. Die Schuld ist nicht bei den Minderheiten, auch nicht bei der angeblich aufreizenden Wahlpropaganda ihrer Führer, sondern bei der bisher von den Nationaldemokraten betriebenen polnischen Minderheitspolitik zu suchen.

Die Nachricht von der Wegnahme der Kirchen und die Aufteilung der Kirchengrundstücke im Cholmer Gebiet ist schon bis in die entlegenste Hütte des ärmsten Ukrainers gedrungen. Die Schließung der ukrainischen Schulen und die Entlassung der ukrainischen Lehrer vollzieht sich in greifbarer Gegenwart und mit rücksichtloser Härte gegenüber der dortigen Bevölkerung. Die militärische Kolonisation (osadniotwo wojskowe), wobei nur Polen aus den westlichen Gebieten des Reiches berücksichtigt werden, und die Verdrängung des russischen Elements aus den Beamtenstellen ruft Unbehagen bei den von Natur aus misstrauisch veranlagten Ukrainern hervor. Fügen wir noch die schweren Übergriffe der Verwaltungsbürokratie hinzu, so fällt es nicht schwer, die oben aufgeworfene Frage zu beantworten.

Was die Lage der Deutschen in Wolhynien anbelangt, so ist wohl kaum ein Plätzchen unter der Sonne zu finden, wo ein deutscher Volksplitter so viel zu leiden hätte wie die Deutschen in Wolhynien. Auch sie hatten daher keinen Anlaß, dem Minderheitenblock den Rücken zu kehren. Und doch darf nicht verschwiegen werden, daß sie, trotz ihrer moralischen und wirtschaftlichen Niedergeschlagenheit, tonangebend für die ukrainische Volksmosse sind. Ein leichter Wind, das kleinste Ereignis könnte genügt, um diese zu veranlassen, für die polnischen Listen zu stimmen.

Trotz verzweifelter Wahlpropaganda, großer Versprechungen und bedeutender Geldaufwendungen ist es den polnischen Parteien nicht gelungen, den Minderheitenblock aus dem Felde zu schlagen.

So traurig dieses Wahlergebnis vom politischen Standpunkt aus für Polen auch sein mag, so liegt darin dennoch eine gewisse Lehre für die Zukunft. Es gilt, die Werte der Minderheitspolitik umzumündern und den Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung des Reiches anzupassen.

Die deutschen Abgeordneten in Sejm und Senat werden bemüht sein, mit Hilfe des demokratischen, d. h. des rechtlich denkenden und politisch weitsichtigen Teils der polnischen Volksvertreter darauf hinzuwirken, daß diese seit langem eiternde gefährliche Wunde am Körper des polnischen Staates geheilt werde. Als treue und pflichtbewußte Bürger der polnischen Republik wird man uns alsdann mit in den ersten Reihen derer finden, die um das Blühen und Gedeihen des Landes bemüht sein werden.

Witos' Absage an den Rechtsblock.

(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 28. November. Aus der Sitzung des Vorstandes der Witospartei (auch P. S. L. Volkspartei und Piastengruppe genannt), in der über die Politik der Piasten und bei deren Bedeutung im Parlament über die Frage der künftigen Regierung entschieden werden soll, ist bisher noch nichts bekannt. Witos selbst veröffentlicht jedoch in seinem Parteorgan „Lud Polski“ einen Artikel, der allgemein als eine Absage an die Pläne eines Zusammengangs mit dem Rechtsblock bewertet wird, da er diesem vorwirft, daß er nicht allein die Zentrumsparteien vernichtet habe, sondern auch die Schuld daran trage, daß eine große Anzahl Juden, Deutsche und Ruthenen in den neuen Sejm einziehen.

Der „Kurjer Lwowski“, ein führendes Organ der P. S. L. (Piast) behauptet in einem Artikel, der die Überschrift trägt: „Die Chjeno auf Freierzähler“, daß die Vereinigung der P. S. L. mit dem Christlichen Verband der Nationalen Einheit auch nicht die geringsten Ansichten habe. Zum Schluss stellt der „Kurjer Lwowski“ fest, daß die Volkspartei den Vorschlag der Chjeno kategorisch abgelehnt hätten. Die Aktion des Rechtsblocks, die darauf hinzuleitete, die P. S. L. für sich zu gewinnen, könne als vollständig gescheitert angesehen werden.

Der Abgeordnete Rataj (P. S. L.), nächst Witos der führende Mann seiner Partei, erklärte einem Mitarbeiter der Rundschau, daß man jetzt noch nicht über die Kräfteverteilung im neuen Sejm sprechen könne und daß man nicht schematisch sämtliche Abgeordneten der Rechten und der Linken aufteilen könne. Er sagte weiter, daß sein Verhältnis zu dem Block der nationalen Minderheiten nicht von Vorurteilen diktiert sei und daß er nicht wünsche, in jedem Mitgliede dieses Blocks einen Feind des Staates und des polnischen Volkes zu erblicken.

Als erste Fraktion des Blocks der nationalen Minderheiten im Sejm hat sich ein Klub jüdischer Abgeordneter konstituiert, der nicht nur die aus der Liste 16 gewählten, sondern auch alle übrigen Juden zusammenfaßt. Die Konstituierung der deutschen und der ukrainisch-weißrussisch-russischen Fraktion wird in den nächsten Tagen erfolgen. Der Blockgedanke wird diese drei Minderheitsfraktionen auch weiterhin zusammenfassen und voraussichtlich auch in äußerer organisatorischer Form zum Ausdruck kommen.

Danziger Börse am 24. November

(Worbörslicher Stand um 10 Uhr vorm.)

Polennoten 40

Dollar 6400

Amtliche Devisenkurse des Vortages siehe Handels-Rundschau.

Die Konferenz von Lausanne.

Als auf der Lausanner Konferenz in der 2. Kommission die Frage der europäischen Türkei zur Behandlung stand, wies Ismed Pascha auf die Geschichte der Türkei hin und legte dar, daß die Türkei mit dem Recht des Jahrhunderte alten Besitzes die alten türkischen Grenzen von 1913 zurückverlangen müsse. Er ging noch weiter und verlangte, daß über die Zugehörigkeit Westthrasiens zur Türkei nicht weiter verhandelt werde, sondern daß man dort zu einer Volksabstimmung schreite müssen, um ein für allemal festzustellen, zu welchem Staate Westthrasiens gehören.

Die Forderungen Ismed Paschas erregten bei den Balkanstaaten einen „Sturm der Entrüstung“ und stießen auf den heftigsten Widerstand Griechenlands, Rumäniens und Jugoslawiens. Griechenland stellt sich auf den Standpunkt, daß an eine Volksabstimmung unter keinen Umständen zu denken sei, daß es aber andererseits „entgegenkommenderweise“ bereit sei, der Türkei die Grenze von 1913 auf europäischem Gebiete zugestehen. Die jugoslawische Delegation verwarf die türkischen Forderungen in ihrer Gesamtheit, insbesondere die Volksabstimmung in Westthrasiens, worin sie mit Griechenland und Rumäniens konform geht, und billigt der Türkei auf europäischem Boden höchstens die Maribalinie als Grenze zu. Außerdem verlangen Jugoslawien und Rumäniens zu beiden Seiten der Maribagrenze eine breite neutrale Zone vom Schwarzen bis zum Adria-Meer, die weder militärisch befestigt noch besetzt werden darf. Ismed Pascha blieb mit seinen Forderungen in der Minderheit, ohne daß jedoch feste Beschlüsse gefasst wurden.

In der Nachmittagssitzung wurde der bulgarische Ministerpräsident Stambulski geholt. Auch er begründet seine bulgarische Forderung nach einem Zugang zum Agäischen Meer, der für die Zukunft Bulgariens unerlässlich sei. Es hat den Anschein, als ob die kleine Entente den Wunsch Bulgariens mit Nachdruck unterstützen wird. Aber der schwere Stambulski hat noch ein weiteres Eisen im Feuer. In seinen geheim gehaltenen Verhandlungen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini scheint er es durchgesetzt zu haben, daß auch Italien sich nicht gegen den Wunsch Bulgariens wenden wird. England dürfte kaum dagegen sein, da Lord Curzon sich nicht gegen die bulgarischen Bestrebungen äußert hat. Die Diskussion wird Donnerstag fortgesetzt werden, da sich inzwischen Frankreich, Griechenland und die Türkei zum Worte gemeldet haben.

Der Sekundant der Türken meldet sich.

Worowski, der als Botschafter der russischen Abordnung in Lausanne weilt, hat einem Mitarbeiter des „Excelsior“ gesagt, daß in kurzer Zeit Tschechoslowakei und Polen nach Lausanne kommen werden. Auf die Frage nach dem russischen Verhalten gegenüber den türkischen Forderungen sagte er:

„Wir unterstützen diese Forderungen ausschließlich. Wir können nicht zulassen, daß die Meerengen unter eine Kontrolle des Völkerbundes kommen. Die Frage der Meerengen kann nur von sämtlichen Staaten des Schwarzen Meeres gelöst werden.“

Aus den weiteren Erklärungen geht hervor, daß Russland, das sich bisher von der Konferenz ferngehalten habe, recht aktiv dort eingreifen gewillt ist.

Deutschland als Austauschobjekt.

Der begeisterte Mussolini.

In der Unterhöhe, die Mussolini mit Lord Curzon und Poincaré hatte, hat der italienische Ministerpräsident und Chef der faschistischen überaus energischen Ton angeschlagen. Er erklärte, daß Italien die Entente jederzeit aufs schwerste schädigen könne, wenn nicht die Forderungen Italiens voll erfüllt werden. Ganz besonders hartnäckig ist Italien in der Frage der 3 Wölfinselgruppe im Agäischen Meer, auf die es niemals verzichten wird. Weiter verlangt Mussolini neue wirtschaftliche Konzessionen in Kleinasien.

Deutschland ist wieder einmal zum Austauschobjekt geworden. Um die Unterstützung Frankreichs sich zu sichern, hat Mussolini erklärt, daß Deutschland unbedingt bezahlt werden müsse, was es nach dem Vertrag schuldig sei, und daß Italien auf die Seite derer treten würde, die das verlangen. Weiter soll sich Mussolini zu einer Militärkonvention zwischen Italien und Frankreich bereiterklärt haben.

Mussolini ist Dienstag abend von Lausanne abgereist, um nach Rom aufzulaufen. Auf dem Bahnhof nahmen Lord Curzon und Barrère von ihm Abschied. Mussolini sagte zu den anwesenden Journalisten, daß Italien in der Reparationsfrage seine Stimme hören lassen werde. Von einer gutunterrichteten Seite wird erklärt, daß Mussolini gehofft habe, er werde auch mit einer sehr strengen Haltung Frankreich gegenüber Deutschland in der Reparationsfrage einverstanden sein. Allerdings würde Frankreich „sich das etwas kosten lassen“ müssen.

So geht alles wieder seinen gewohnten Gang: das Selbstbestimmungsrecht der Völker feiert Triumphe und der Militarismus der Westmächte vergewaltigt das entwaffnete Deutsche Reich. Aber ob der Außenhandel ganz glücken wird? Laurianie ist kein Versailles und kein Sevres mehr. Keimal hat etwas zu sagen und Tschechoslowakei desgleichen. Und auch in der Weltgeschichte behält das alte — übrigens internationale — Sprichwort seine Geltung, daß der Kugel nur so lange zum Wasser geht, bis er bricht.

Das Ergebnis der Wahlen in Deutsch-Oberschlesien.

1. Reichstag.

	Fest	Früher
Deutsch-nationale Volkspartei	69 889	{ 31 244}
Deutsche Volkspartei	37 259	{ — }
Demokraten	11 912	{ 31 115}
Zentrum	199 246	{ 136 491}
Deutsch-soziale Partei	22 796	{ — }
Sozialdemokraten	73 266	{ 162 578}
Kommunisten	36 627	{ — }
Polen	50 188	{ — }
Oberschlesische Kath. Volkspartei	23	{ — }

Insgesamt wurden 500 707 gültige Stimmen abgegeben. Da der Wahlkreis 747 839 Wahlberechtigte zählt, beteiligten sich demnach an der Wahl 67,1 Prozent. In den Reichstag sind, da auf 60 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt, somit fünf Abgeordnete gewählt, und zwar:

Deutsch-nationale Volkspartei, 1 Sitz: Pfarrer Wolf Markowitsch (Kreis Ratibor).

Zentrum, 3 Sitze: 1. Pfarrer Ulrich Ritter; 2. Gewerkschaftssekretär Ehrhardt, Gleiwitz; 3. Landwirt Zipper, Heidersdorf (Kreis Neisse).

Sozialdemokraten, 1 Sitz: Redakteur Okonsky, Hindenburg.

Infolge der Abtretung Ost-Oberschlesiens, der geringen Wahlbeteiligung und der Stimmenversplitterung vermindert sich somit die Zahl der Reichstagsabgeordneten, unter denen bisher die zur Nationalversammlung gewählten 15 Oberschlesiener vertreten waren, um 10 Abgeordnete. Der Verlust trifft die Sozialdemokraten, die 6, und das Zentrum, das 4 Mandate verlor. Die Verteilung der von 469 auf 459 reduzierten Reichstagsstimme auf die einzelnen Fraktionen ergibt nunmehr folgendes Bild:

Vereinigte Sozialdemokratie	173
Zentrum	68
Deutsch-nationale Volkspartei	67
Deutsche Volkspartei	66
Deutsche demokratische Partei	29
Bayerische Volkspartei	20
Kommunisten	15
Bayerischer Bauernbund	4
Deutschvölkische Gruppe	3
Deutsch-hannoversche Landespartei	2
Zu keiner Partei gehörte (Dedebour und Begemann)	2
Zusammen	459

Am Deutschen Reichstag stehen somit 269 Bürgerliche 190 Sozialisten gegenüber, wobei allerdings zu bedenken ist, daß die sozialistische Minderheit weit geschlossener dasteht, als das in viele Parteien zerfallende bürgerliche Lager. Die sogenannte bürgerliche "Arbeitsgemeinschaft", auf der das Kabinett Cuno basiert und die sich aus der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und den Demokraten zusammenfert (Welfen und bayerische Bauernbündler dürften ihr gleichfalls zuzurechnen sein) verfügt nur über 199 Stimmen, die zwar eine schwache Mehrheit über die sozialistische Linke, aber keine absolute Majorität (die 230 beträgt) ergeben können. Damit wächst der Einfluß der abseits stehenden Deutschnationalen, die das neue Kabinett stützen oder halten können, sofern die sozialistische Linke die Opposition gegen die neue Regierung erklärt.

2. Preußischer Landtag.

Bei den gleichfalls am 19. November stattgefundenen Wahlen zum Preußischen Landtag war folgendes Stimmenverhältnis der einzelnen Parteien festzustellen:

Deutsch-nationale Volkspartei	71 060
Deutsche Volkspartei	35 749
Demokraten	12 049
Zentrum	203 880
Deutsch-Soziale Partei	23 125
Sozialdemokraten	71 074
Kommunisten	37 130
Polen	48 023

Obericht. Katholische Volkspartei 1

Da beim Landtag auf je 40 000 Stimmen ein Abgeordneter kommt, sind für dieses Parlament sieben Abgeordnete gewählt, und zwar:

Deutsch-nationale Volkspartei, 1 Sitz: 1. Arbeitssekretär Straube, Studzienka (Kreis Ratibor).

Zentrum, 5 Sitze: 1. (Da Pfarrer Ullrich als M. d. R. auf das Landtagsmandat verzichtete). Amtsgerichtsrat Beyer, Neustadt, 2. Landwirt Richtarsky, Österwitz (Kreis Leobschütz), 3. Landgerichtsdirektor Goebel, Oppeln, 4. Befreiungskämpfer Kreker, Gleiwitz, 5. Rektor Manke, Gleiwitz.

Sozialdemokraten, 1 Sitz: 1. Bezirksleiter Franz, Baborze.

Polen, 1 Sitz: 1. Pfarrer Wajda, Keltisch (Kreis Groß-Strehlitz).

Da nach den gestellten Bestimmungen auch noch Reststimmen gewertet werden, so wird aus den entsprechenden Wahlauskünften noch je ein Abgeordnetenstuhl im Landtag der Deutschnationalen Volkspartei und den Sozialdemokraten aufallen.

3. Oberschlesischer Provinziallandtag.

Die dritte Wahl des vergangenen Sonntags brachte den Bewohnern Deutsch-Oberschlesiens den ersten Provinziallandtag. In ihm wurden gewählt: 21 Zentrumskandidaten, 8 Sozialdemokraten, 7 Deutschnationalen, 5 Polen, 4 Deutsche Volksparteile, 4 Kommunisten, 2 Deutschsoziale (Antisemiten) und 1 Demokrat.

Damit ist die erwartete absolute Majorität des Zentrums (allein oder mit den Polen) nicht zustande gekommen. Die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft im Reich (Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten) nehmen nur die Hälfte der Sitze ein. Voransichtlich wird sich daher eine knappe Mehrheit aus Zentrum und Sozialdemokraten bilden, die zusammen 29 Mandate zählen, während eine rein bürgerliche Mehrheit, mit Auschluß der Sozialisten, Kommunisten und Polen zwar über 35 von 52 Sitzen verfügen würde, aber aus politischen Erwägungen heraus kaum wahrscheinlich erscheint.

Minderheitsschule.

Im estnischen Parlament (Riigikogu) in Reval machte der bekannte estnische General Laidoner einem Bericht des "Revaler Boten" aufzugehen über die Minoritätsfrage folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die Minoritätsfrage ist eine Frage von großer Bedeutung, da gegenwärtig die Lage in der Welt so ist, daß es keinen Staat gibt, der nicht mit dieser Frage zu tun hätte. Seinerzeit sagten die Belgier, daß es bei ihnen keine Minorität gäbe, aber jetzt kommt heraus, daß Belgien sogar ein Staat ist, wo die Minorität herrscht, denn Wallonen gibt es weniger wie Blumen. Was die Unterzeichnung eines Minoritätenvertrages durch uns betrifft, so betonen die einen, wir müßten den Vertrag unterschreiben, die anderen aber erklären, daß sei eine innere Angelegenheit jedes Staates, die durch das Grundgesetz zu regeln wäre. Das sind zwei Ansichten, die beide ihre Berechtigung haben. Meiner Ansicht nach können wir nicht unbedingt gegen eine Unterzeichnung des Vertrages

sein. Wir haben einige Tausende von Angehörigen der Minoritäten, während Hunderttausende von Esten in Russland geblieben sind und wohl auch in Zukunft dort bleiben werden. Wenn nun Russland in Zukunft höchstens einmal Mitglied des Völkerbundes wird, so kann ihm, wenn wir einen Vertrag unterzeichnet haben, unsererseits ein Vorschlag in Sachen der Minoritäten gemacht werden; wenn aber kein entsprechender Vertrag bei uns besteht, dann kann von einem solchen Vorschlag keine Rede sein. Dies ist also eine durchaus gewisse Frage.

Der Standpunkt unserer Regierung war, keine Verpflichtung zu unterschreiben. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir wohl eine Verpflichtung unterschreiben könnten.

Spatz erklärt General Laidoner dann noch einmal bei der Hervorhebung der Bedeutung des Völkerbundes mit dem Hinweis, daß alle Fragen dort zur Beratung gelangen, daß man es keineswegs übernehmen könne, wenn die Minoritäten sich an den Völkerbund wenden und sich dort Abwolken suchen. "Das ist ganz natürlich. Wenn wir in einer solchen Lage wären, würden wir das auch tun."

Es gibt in Polen viele Leute, die bei dem estnischen General einen Hochschulabschluß für Minoritätspolitik besuchten könnten. Der Staat würde ihnen dankbar dafür sein, denn er hat weise Patrioten nötig.

Republik Polen.

Ein ukrainischer Abgeordneter aus Ostgalizien beim Ministerpräsidenten.

Warschau, 22. November. Der ukrainische Abgeordnete Pfarrer Ilko wurde vom Ministerpräsidenten Dr. Nowak in Audienz empfangen. Der Ministerpräsident versprach dem Abgeordneten, Schritte zu unternehmen, um das Los der im Zusammenhang mit den letzten Vorfällen in Ostgalizien Verhafteten zu erleichtern und äußerte die Hoffnung, daß die gerichtliche Untersuchung in beschleunigtem Tempo geführt werden wird. Außerdem trug Pfarrer Ilko die Wünsche der ukrainischen Bevölkerung vor, die der Ministerpräsident zu prüfen versprach.

Die polnischen Sozialisten (P. P. S.) und die Volkspartei (Piast).

Der Krakauer Club der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) übt auf die Volkspartei einen heftigen Druck aus, um diese zu veranlassen, sich offen über die im Umlauf befindlichen Gerüchte von einer Verständigung mit der Rechten auszusprechen. Die Argumente, durch welche die Sozialisten die Volksparteile zwingen wollen, von ihren Absichten einer Verbindung mit den nationalen Parteien abzusehen, sind dieselben, welche seinerzeit auch ständig dem Club für Verfassungsarbeit gegenüber angeendet wurden. Eines der Hauptargumente ist abermals die Drohung, daß im Falle einer Nichtwahl Piłsudski zum Staatspräsidenten — "die Straße sprechen wird". Der "Kurier Polski" behauptet, daß es bisher noch zu keiner Verständigung zwischen den Volksparteilern und den nationalen Parteien gekommen sei, und daß gegenwärtig erst eine "Sondierung des Terrains" stattfindet, die von Leuten unternommen wird, die dem Sejm nicht angehören. Der "Kurier Polski" ist jedoch der Ansicht, es unterliege keinem Zweifel mehr, daß die Volksparteilern mit allen Mitteln darnach streben, gemeinsam mit der Rechten die Mehrheit zu bilden. Gleichzeitig macht sich aber unter den Volksparteilern auch eine entgegengesetzte Strömung bemerkbar. Der "Kurier Ewangelicki", das Organ der Fraktion, die sich um den Abg. Dabrowski schart, tritt in mehreren Artikeln sehr scharf gegen eine solche Kombination auf.

Der Kampf um die Eidesformel im Schlesischen Sejm.

In der letzten Sitzung des Schlesischen Sejm verlangten die Sozialisten bei Beipreuung der Dienstleidungsformel die Streichung der Sätze "Gott dem Allmächtigen" (Panu Bogu Wszecznemu) und "So wahr uns Gott helfe" (Tak nam dopornoz Boga). Im Namen des Nationalen Blocks sprachen sich die Abgeordneten Korfanty und Kavka gegen den Antrag der Sozialisten aus, wobei sie erklärten, daß der Text der in Vorschlag gebrachten Eidesformel sich auf den Text stützt, der im ganzen Staate angebracht ist. Der Antrag wurde schließlich mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Der letzte Oberschlesier aus der Verwaltung Ost-Oberschlesiens entfernt.

Wie die "D. L. A." aus Katowitz berichtet, hat sich der Wojewode Rymer angeblich wegen Überarbeitung und schwerer Nervenkrankheit für mehrere Wochen von seinem Amte hinzuleiben lassen. Rymer ist der letzte Oberländer, der von den Polen in einer leitenden Stellung beauftragt worden ist. Man darf annehmen, daß es sich hier um eine diplomatische Krankheit handelt und daß Polen bestreikt, entgegen seiner Zusage, auch diesen letzten Oberschlesier aus seiner Stellung in Ost-Oberschlesien zu entfernen.

Die Faschistbewegung in Polen.

Warschau, 23. November. Während von den meisten Blättern die Befürchtungen faschistischer Umtriebe in Polen abgelehnt werden, weist der "Robotnik" auf ein rechtsparteiliches Provinzblatt hin, in dem kürzlich zu lesen war, Italien habe dem polnischen Volke den Weg gewiesen, sollte sich der Sejm zur Bildung einer starken Regierung als ungeeignet erweisen. In diesem Falle wäre die einzige Rettung die Übernahme der Macht durch das Volk. Es ist beachtenswert, daß die Warschauer Rechtsblätter einen Aufruf des Hauptvorstandes einer Legion zum Schutz der Verfassung veröffentlichten, der die Minderheiten als Feinde Polens bezeichnet, die in Polen herrschen wollten und betont, daß das polnische Volk dies nicht zulassen werde.

Der "Neue Börsen Zeitung" wird aus Oppeln gemeldet, daß Erzbischof Teodorowicz und Fürstbischof Savieha sich an den apostolischen Stuhl unter Vermittelung des päpstlichen Nuntius gewendet haben mit der Bitte, daß Verbot ihrer Kandidatur für den Senat zurückzu ziehen.

Wie uns unsere Warschauer Redaktion darstellt, führte die gemeinsame Sitzung der Bischofskommission und der Regierungskommission in der Frage des Konkordats zur Einsetzung einer Unterkommission, die auf Grund beiderseitiger Projekte einen endgültigen Entwurf für das Konkordat aufstellen soll.

Bekanntlich ist der Ministerrat ermächtigt worden, den achtstündigen Arbeitstag in den Eisenbahnerwerken für drei Monate um drei Stunden zu verlängern. Hierzu nimmt nun der sozialistische "Robotnik" Stellung, der betont, daß alle Eisenbahner als eine geschlossene Mauer gegen diesen Versuch der Beseitigung des Achstdudentages zusammenstehen müßten, und daß alle polnischen Arbeiter sie unterstützen werden.

Deutsches Reich.

Der verwandelte Sepp Dörfer.

Der frühere braunschweigische Ministerpräsident, Führer der dortigen Unabhängigen, Abg. Sepp Dörfer, der dann aus der Partei hinausgetreten ist, hat fürstlich in Seesen am Harz sein neues Programm entwickelt. Er erklärte dort:

"Ich bin jetzt zu der felsenfesten Überzeugung gekommen, daß der Sozialismus auf internationaler Grundlage eine Wahlfinstanztheorie ist. Die Not der Zeit führt nicht nur die Arbeiter, sondern auch alle schaffenden Stände, auch die Fabrikbesitzer". Das Ziel der Befreiung des Volkes kann von den Arbeitern nicht erreicht werden, denn die Arbeiter betrachten den "Klassenkampf" als eine Schlagerei. Der einzige Weg, der uns aus diesem Fessel erlöst, ist der Sozialismus auf nationaler Grundlage. Den Versailler Friedensvertrag mußte das deutsche Volk damals annehmen, weil keine Einigkeit im deutschen Volk bestand. Diese Einigkeit herzustellen, muß unter aller höchsten Ziel sein, damit wir bald in der Länderei, die Siedlungen aus dem besetzten Gebiet hinzuholen. Es darf auch in Zukunft nicht mehr heißen: die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur der schaffenden Stände.

Wenn wir den Blick rückwärts schweifen lassen, so müssen wir alle erkennen, daß wir ganz verkehrt gegangen sind; und wenn ich heute zu entscheiden hätte, so wäre ich lieber Monarchist als Sozialist.

Aus anderen Ländern.

Der tschechisch-serbische Bündnisvertrag.

In Prag wird mitschließlich der Text des am 31. August in Marienbad zwischen der Tschecho-Slowakei und Jugoslawien abgeschlossenen Allianzvertrages bekanntgegeben. Der Vertrag befreit im einzelnen: Das am 14. August 1920 in Marienbad zwischen den beiden Staaten abgeschlossene Abkommen wird auf die gleiche Weise wie die Marienbader Konvention verlängert. Beide Vertragsparteien nehmen die politischen und militärischen Verträge und Abkommen zur Kenntnis, die einerseits die Tschecho-Slowakei mit Rumänien, Österreich und Polen, andererseits Jugoslawien mit Rumänien und Italien abgeschlossen hat. Die Vertragsparteien werden sich bemühen, allen ihren wirtschaftlichen, finanziellen und Verkehrsbeziehungen eine feste Grundlage zu geben und einander dabei die engste Zusammenarbeit zu sichern. Sie verpflichten sich, einander alle politischen und diplomatischen Unterstellungen in ihren internationalem Beziehungen zu gewähren. Für den Fall, daß sie ihre gemeinsamen Interessen für bedroht halten, gehen sie die Verpflichtung ein, sich über die Maßnahmen zum Schutz dieser Interessen zu einigen. Die Konvention bleibt fünf Jahre vom Tage des Ausstosses der Ratifikationsurkunden an in Kraft. Nach Ablauf dieser fünf Jahre kann jede der Vertragsparteien die Konvention kündigen, indem sie hieron dem anderen Vertragspartner sechs Monate vorher Mitteilung macht. Die Regierungen der beiden Staaten haben den Völkerbund um die Registrierung dieses Allianzvertrages erucht.

Führerwechsel in der englischen Arbeitspartei.

Nach Agenturmeldungen aus London hat sich dort ein in der parlamentarischen Geschichte Englands wohl einzig dastehender Vorgang abgespielt. Wie wir bereits gestern berichten konnten, haben die englischen Parteien der Arbeiterpartei, und zwar in der Person ihres bisherigen Fraktionsführers, des wegen seiner hervorragenden Fertigkeit allgemein beliebten Mitgliedes Clynes, die Führung der amtlichen Opposition übertragen. In der gestrigen Fraktionssitzung der Arbeiterpartei ist nun Clynes, der gewöhnliche Gewerkschaftsführer, aus seinem Führeramt entsetzt worden zugunsten des wieder in das Unterhaus gewählten römischen Sozialisten Ramsay Macdonald, der sich wegen seiner dogmatischen Einstellung zu allen Problemen keiner großen Beliebtheit bei den anderen Parteien erfreut. Nach stundenlangen, erregten Debatten erfolgte seine Wahl mit 61 gegen 55 Stimmen. Es fehlten 15 Abgeordnete bei der Fraktionssitzung. Als Stellvertreter Macdonalds wurde Clynes, als Hauptstabschef Henderson und als Vorsitzendes Mitglieder Walsh und Oberst Wedgewood gewählt.

Nachdem die letzten Ergebnisse von den schottischen Inseln vorliegen, betragen die Parteistärken im Unterhaus 346 Konservative, 142 Arbeiterpart

Nach kurzem schweren Leiden verschied am 22. d. M., adends 7 Uhr, mein innigstgeliebter, treuherziger Mann, unser unvergesslicher Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe

Stanislaus Stawicki

im 28. Lebensjahr.

Dies zeigt im tiefen Schmerz an
Anna Stawicki
geb. Kupski.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 25. nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Mittelstraße 36 aus statt.

17636

Für die anlässlich unserer Hochzeitsfeier erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen Verwandten, Freunden u. Bekannten unseren herzlichen Dank.

Otto Kopp und Frau Olga geb. Zimke

Ewald Stuwe und Frau Anna geb. Kopp.

Gr. Salzdorf, im November 1922. 17610

Kranken-Behandlung.

Dr. med. Hen. Gießen behauptet, Krebs sei heilbar. In Gemäßheit des Art. 117 der Konstitution veröffentliche ich hiermit, Krebs wiederholte geheilt zu haben. Ferner habe ich geheilt: **Inertulose**, Folgen v. **Blues**, **Blutvergiftung**, **Gallen- und Nierensteine**, **Blasen-, Magen-, Darm- und Frauenleiden**, **Gicht**, **Rheuma**, **Paralysie**, Folgen v. **Quetschulzen** u. **Arterienvergiftung**, **Englische Krankheit**, **Star**, **Augenleiden**, **Bronzofore**, die schwersten Nervenleiden, selbst **Wahn** u. **Wahn**.

Auch die Geschlechtsleiden sind, wie berühmte Natur-Arzte beweisen haben, auf ganz einfache Art zu heilen.

Ich behandle nach der giftlosen Voll-Heilmethode. Jede Krankheit ist heilbar, aber nicht jeder Arzt. Zur Feststellung der genauen Diagnose ist die Angabe der genauen Geburtszeit, also auch Stunde der Geburt erforderlich. Am Sonnabend u. Sonntag keine Sprechstunden Bydgoszcz. A. Szkłowski, Danzigerstr. 147.

Versteigerung.

Sonnabend, den 25. November 1922, 12 Uhr mittags, werde ich in

Braunau an der Glashütte

2 Rähne Tors,

ca. 4000 Zentner, auf Rechnung derer, die es angenommen, freiwillig meistbietend versteigern. Besicht. 2 Stunden vorher.

J. Czerwinski, Auktionator.

Kontor: Gieniewicza 1a.

Achtung!
Möbelhändler
u. Tapzierer !!
Klub-, Sofa- u. Gestelle
fertigt an nach neust. Modellen u. solid. Ausführ.
Polstergestell-Fabrik: Bydgoszcz, ulica Matejki 3.

Kein Geheimnis !!

ist die Teuerung und noch weiter steigen die Waren!

Wir haben noch billige Preise:

Damenstrümpfe, dicke Ware	975,-
Wollene Kinderstrümpfe	1850,-
Marme Kinderstrümpfe	1850,-
Wollene Herrensocken	2500,-
Wollene Damenstrümpfe	3500,-
Kinder-Lederstiefel	3850,-
Warme Damenblusen, Flanell	3850,-
Wollene Schals u. Mützen	6500,-
Warme Kinderstiefel, Lederstiefel	6500,-
Damenblusen, Wollstoffe	8500,-
Braune Herrenstiefel, Handarbeit	9800,-
Lederstiefel für Frauen und Mädchen	9800,-
Warme Damenshirt, Pelzbesatz	9800,-
Wollene Damen-Pumpers	12800,-
Chenille-Damenkleider	13800,-
Damen-Sackstühle "Partie"	14800,-
Damen-Ballkleider, weiß, rosa, blau	18500,-
Damen-Sackstühle, Handarbeit	18500,-
Damenkleider, einzelne Modelle	22500,-
Herrenstiefel, beste Ware	22500,-
Damen-Flanellmantel	48000,-

Mercedes, Mostowa 2.

Neu! Bitte ausschneiden. Neu!

Weißgerberei

gerbt Felle aller Art schnell und billig, sowie **Mustopien** von **Vögeln** und **Tieren** aller Art.

Annahmestelle:

Poznańska (Posenerstr.) 15, Hofeingang.

Wohnung: Grudziadzka 5.

17660

J. Jaczynski.

Hüte und Garnituren
Pelzsachen jeder Art
Umpreßhüte auch für Herren — wie neu innerhalb 8 Tagen.

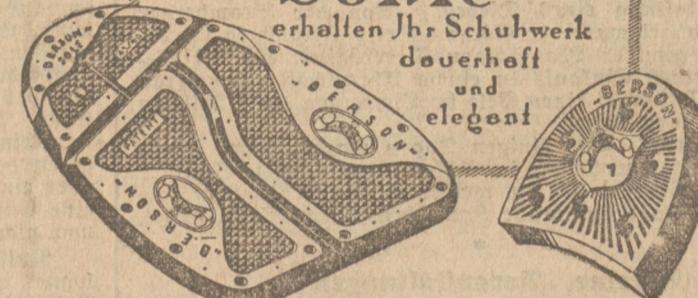
En gros **Martha Kührke**, Niedzwiedzia 4. En détail

BERSON

Gummiabsatz und

Sohle

erhalten Ihr Schuhwerk dauerhaft und elegant



Berson-Kautschuk (G. m. b. H.)

Centrale: Kraków, Straszewskiego 2.

Pa.

Steinkohlen-Teer
Karbolineum
Klebemasse

liefer

11206

J. Lindenstrauss

Dworcowa 63. Tel. 124.



Autogene Schweißarbeiten

werden ausgeführt.

Danzigerstraße 40, Fabrikgebäude.

Kallowitzer Zeitung

Oberschlesisches Handelsblatt

54. Jahrgang

Das maßgebende Organ in Fragen der

Politik II. Wirtschaft

Zuverlässige Berichterstattung

Handel und Industrie

Verbreitete u. angesehene Tageszeitung

im polnischen Industriegebiet

Erfolgreichstes Insertionsorgan

Probenummer auf Wunsch unberechnet

9749

"Polbal" Bydgoszcz

verlaufen
ober schlesische Steinkohlen

aus den Gruben Starboferin —

oberschles. Röls und Schmiedelohlen,

erledigt

Absatz von Kohlen per Lastauto.

ulica Sw. Floriana (Alexanderstraße) Nr. 8.

Telefon Nr. 73. 17625

17625

Heirat

Drei lust. bl. Mädels

18 J., verm., wisch. Herren-
bef. zw. Herrat. Off. m.
Bild unter A. 17623 an
die Geschäftsst. d. 3tg.

Wachtungen

Bäckerei mit kompletter
Einrichtung von sofort oder später in
Bydgoszcz zu packen
gekauft. Öff. erb. unt.
G. 17572 a. d. Gsch. d. 3.

"Rawa", T. z. o. o.

daw. Rudolf Rabe, Bydgoszcz,
Sniadeckich 19

Telefon 121

fiebert prompt alle Gattungen bester

9892

Oberschl. Steinlohlen
in jeder Menge,
zu günstigen Tagespreisen.

Achtung! Achtung!

Raue wieder Rind-, Kalb-, Schaf-, Ziegen-, Hosen- und Kaninchen-Felle

Roh-Haare,

sowie Marder-, Iltis-, Fuchs-, Fischotter-Felle.

Die Preise für Felle sind erhöht.

Nehme auch Pelz-Felle zum Gerben an.

Spezialität: Fuchs-Felle.

St. Kroll, Bydgoszcz,
Przyrzecze (Brahegasse) 2.

Evangel. Gemeinschaft, Libelta (Bachmannstr.) 8.

Sonntag, 26. November, abends 8 Uhr:

Evangelisations-Vortrag: "Dein Jesu ist's".

v. Prediger Harriesfeld.

17663 Eintritt frei.

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

17663

Bromberg, Sonnabend den 25. November 1922.

Pommerellen.

24. November.

Grudziadz.

Die beiden hiesigen evangel. Waisenhäuser befinden sich infolge der Teuerung in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Seitens der evangelischen Bevölkerung ist daher eine Hilfsaktion eingeleitet. Es werden Geldbeträge und Naturalien, sowie Kleider beigebracht. Besonders die Landbevölkerung spendet Kartoffeln, Weißkohl, Brüken, Zwiebeln, Roggen, Weizen und Gerste (als Futter für das Vieh), ferner Obst, Erbsen, Fett und Fleisch. Nötig gebraucht werden aber auch Brennmaterialien. Im Vorjahr wurden mehrere Waggons Holzbrennstoff und Tüpfel gepeindet. Es kommen immer noch Verwechslungen zwischen den beiden in Frage kommenden Anstalten vor. Das evangelische Mädchenwaisenhaus (Pöhlmannstr.) hat sein Heim in der Mühlenstraße gegenüber der evangelischen Kirche, während das evangelische Knabenwaisenhaus (Peterstr.) am Stadtsparkt hinter den Heimstätten des Naturheilvereins sein Grundstück besitzt.

A. Die Ortskrankenkasse hat zur Unterbringung ihrer Patienten ein eigenes Haus erworben. Es wurde das am Ende der Pöhlmannstraße gelegene Haus der Frau Landgerichtsrat Eckert, in dem seinerzeit das Ernährungsamt untergebracht war, angekauft.

Eine große Unstimmigkeit herrschte darüber, ob der Bus- und Betttag schulfrei sein müsse. Während den Knaben-Mittelschulen (Gymnasium und Oberrealschule) bereits früher bekannt gegeben wurde, dass schulfrei sei, war am Mädchen-Gymnasium angeordnet, dass auch die evangelischen Kinder zum Unterricht zu erscheinen hätten.

In der evangelischen Volksschule wurde frei gegeben.

* Deutsche Bühne. Von vielen Seiten wurde der Wunsch ausgesprochen, die im vorigen Jahre mit so außerordentlichem Erfolg aufgetretene Operette "Der Bette von Dingsda" zu wiederholen. Diesen Wünschen ist die Theaterleitung nachgekommen und hat für Mittwoch, 29. November, den "Bette von Dingsda" aus dem Repertoire gesetzt. Die Besetzung und Leitung ist die gleiche wie bei den früheren Aufführungen, die damals außerordentlichen Erfolg erzielte.

* Deutsche Bühne. Am Montag, 27. November, wird im Gemeindehaus ein neuer Kulturfilm vorgeführt. Es ist diesmal ein Großfilm von 1½ Stunden-Darstellung gewählt worden, und zwar der in der Lehrfilmwelt bereits berühmt gewordene Großfilm: "Die Alpen" von Prof. Dr. Felix Lampé, dem bekannten Vorförster der Lehrfilmbewegung, der auch den Vortrag verfasst hat. Ein in großartigen Szenen aufgebauter Filmwerk: Geistreich erdachte, bewegte Szenen (neue Erfindung) bringen Lage, Gliederung, Fluktusse usw. instruktiv und überaus anschaulich zur Darstellung. Wunderbare Landschaftsbilder der Alpenwelt unterbrechen und beleben das Ganze. Wolkenumflatterte Gipfel, liebliche Täler, Schluch-

ten, durch die der Wildbach braust. Den breitesten Raum nehmen die lebenswollen Darstellungen des vielseitigen Verkehrs ein, der die Alpenwelt durchpulst. In den Siedlungen lernen wir den Alpler und seine Umwelt kennen, in den Verkehrs- und gesellschaftlichen Zentren den modernen Menschen bei Sport und Arbeit. Es ist zu begrüßen, dass dieser Kulturfilm nachmittags auch für die Schüler der hiesigen Lehranstalten vorgeführt wird.

d. Der Wochenmarkt am Mittwoch war wegen des Bus- und Bettages nur schwach besucht. Verschiedene evangelische Geschäftsinhaber hielten ihre Geschäfte geschlossen und auch ältere polnische Firmen hatten das evangelische Personal für den ganzen Tag beurlaubt.

Die Arbeiten an der Trinkebrücke in der Grabenstraße werden wieder weitergeführt. Die Platten des Bürgersteiges wurden neu verlegt. Der Straßenrand ist wesentlich erhöht, da der Betonboen höher kam.

e. Ein Überfall wurde auf den Stadtrat Nedmann verübt. Als er mit seiner Gattin und einem Bekannten von einer Gesellschaft kam, rumpelte eine Kotte Burschen den Begleiter an. Stadtrat R. leistete dem Überfallenen Beistand. Dieser wurde befreit und es folgte, während sich die Anreisern auf den Helfer stürzten. Wie man hört, erhielt R. einen Messerstich und musste nach Hause begleitet werden.

Thorn (Toruń).

Von der Weichsel bei Thorn. Der Wasserstand betrug Mittwoch früh 1,32 Meter, Donnerstag früh 1,28 Meter über Null. — Eingetroffen sind Danziger "Mietkiewicz" mit zwei Kahnern mit Zucker aus Borowicze, für Danzig bestimmt, und einem leeren Kahn, ferner Danziger "Odra" und Motorschlepper "Lubecki" mit einem Kahn. Die beiden leichten Danziger können von Tal. Auf der Fahrt stromab legte ein Danziger der Weichselflottille am Kai an.

* Weichselannahme. Auf dem Thorner Hauptbahnhof wurde bei einer Ausreise ein Paket mit 54 Pfund Sacharien gefunden und beschlagnahmt, da sich keiner der Reisenden als Eigentümer ausgab.

* Weichselwandene Arznei. Im Publikum wird verschiedentlich darüber erzählt, dass Briefe und andere Postsendungen aus dem Auslande unterwegs verloren gehen und hier nicht die Adressaten erreichen. Man nimmt an, dass sich Markenliebhaber auf irgend eine Art in den Besitz der Poststücken bringen, die jetzt doch durchweg hochwertige Marken tragen, und dann die Briefe einfach vernichten. Viele Marken, auch aus der Danziger Freistadt, lassen deutlich die Spuren verschärfter Abfaltung erkennen und sind sehr oft an den Ecken eingerissen. Die Postverwaltung sollte eine verschärkte Kontrolle einführen.

er. Culm (Chełmno), 22. November. Am letzten Sonnabend fand im Schützenhaus am Bahnhof eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Kreislandbundes statt. Der Vorsitzende Rittergutsbesitzer Witte-Nehof (Nowydwór) wies auf die Bedeutung hin, die der Erwerb des Albrechtschen Grundstücks in geschäftlicher und geselliger Beziehung hätte. Die Versammlung bewilligte einstimmig einen außerordentlichen Betrag für die Einrichtung des Hauses. Als stellvertretender Vorsitzender wurde an Stelle des Rittergutsbesitzers von Ruperti, Grubno der Administrator Spiker, Segartowiz, und ferner der Rittergutsbesitzer v. Loga, Widzorze in den Vorstand gewählt. Sodann berichtete Herr Spiker, Segartowiz über die Bezirksversammlung des Landbundes "Weichselgau", Grudziadz, und wies nämlich auf die Häerten hin, die mit der neuen Veranlagung zur Einkommensteuer verbunden sind. Als Mitglieder der Tariffkommission wurden die Herren Rittergutsbesitzer Kallmann, Schönborn (Szymborn) und Plehn, Józefkowo gewählt. Zum Schlusse hielt der Vorsitzende der hiesigen Zweigstelle der Deutschen Volksbank, Herr Honigmann, einen kurzen Geschäftsbericht über die Tätigkeit der Deutschen Volksbank und machte die Mitteilung, dass am 1. Dezember die hiesige Zweigstelle ihren Betrieb eröffnen werde.

er. Culm (Chełmno), 22. November. Der Maschinist Jan Wernecki auf dem Rittergut Stuthof, hiesigen Kreises, der in dem Elektrizitätswerk beschäftigt war, wurde dort leblos am Boden liegend aufgefunden. Jedenfalls ist er der Starkstromleitung zu nahe gekommen.

— Die Schweizer Theater- und Musikvereinigung veranstaltete am letzten Sonntag im früheren Kaiser Wilhelm-Schlüchthaus einen "Vunten Abend", bestehend aus Konzert, Theater und Tanz, welcher sich eines lebhaften Besuches der deutschen Bewohner von Stadt und Land erfreute. — Der gestrige Wochenmarkt war nicht sehr beschäftigt, da die evangelischen deutschen Bewohner der Nachbardörfer des Buztages wegen nicht erschienen waren. Es ist das ein Beweis, dass die meisten kleinen Besitzungen des Kreises noch in deutscher Hand sind.

oh. Ans dem Kreise Schlesien, 22. November. Ein Milchviehkontrollverein wurde vor einiger Zeit ins Leben gerufen. Ihm gehören Landwirte der Schweizer Neuenburger Niederung, der Culmer Stadtneiderung, im Kreise Culm und aus dem Kreise Grudziadz an. Die Zahl beträgt 250. Für die Geschäftskosten müssen jährlich pro Kühe 2000 Mark gezahlt werden. Der Kontrollbeamte des Vereins kontrolliert in bestimmten Zeitabschnitten die Ställe der angeschlossenen Mitglieder. Es werden Probenmelken gemacht, bei denen das Quantum und der Fettgehalt der eigenen Kühe festgestellt wird. Notfalls werden die Milchkühe aus den Herden ausgemerzt, deren Milchleistung in Qualität und Quantität eine ausreichende Butterverarbeitung und Verzinsung des Viehbestandes nicht zulässt. Vorsitzender des Kontrollvereins ist Besitzer Siebrandt in Brattin. Im Anschluss an das Bakteriologische Institut der früheren Landwirtschaftskammer zu Danzig bestand bereits früher eine Kontrolle der Milchviehbestände auf das Vorhandensein von Tuberkulose.

Kiefern- u. Eichen-Holzverkauf.

Wir haben im Wege des schriftlichen Meistgebots aus dem Einstieg 1922/23 zu verkaufen:

Los I 5000 sm Kiefernlangnuthholz
I. u. II. Kl. meist I. Kl. Entfernung
zur Verladestation ca. 2 km
Chaussee und 1 km Landweg.

Los II 2000 sm Eichen-Langnuthholz
I.—V. Kl. A. u. B. Kl. 2000 sm
Kiefern-Langnuthholz I.—III.,
vorwiegend I.—II. Kl. Entfernung
zur Verladestation 7 bis
10 km, davon 1—2 km Landweg.

Angebote sind für jedes Los und Holzart je in Einheitspreisen ab Wald abzugeben.

Die Gebote sind in einem postmäig ver-
schlossenen Umschlag mit der Aufschrift "Gebot für
Holzholzverkauf Nr. IV" für jedes Los auf be-
sonderem Blatt bis zum 11. Dezember 1922, m-
tags 1 Uhr, an die unterzeichnete Forstabteilung
einzureichen und müssen die ausdrückliche Erklärung
enthalten, dass Bieter die Verkaufsbedingungen für
jedes Los als bindend anerkennt. Die Gründung
erfolgt an demselben Tage nachmittags 2 Uhr in
Gegenwart etwa ercheinender Bieter auf dem
Geschäftszimmer der Forstabteilung. Der Zuschlag
wird vorbehalten und bleiben Bieter bis zum
21. Dezember 1922 an ihr Gebot gebunden.

Die Verkaufsbedingungen sowie Ortsangabe
zur Bestätigung können bei der unterzeichneten
Forstabteilung eingesehen oder gegen Entstättung
der Gebühren von 300 M. poln. Währung pro Los
bezogen werden.

12091

Wydział Leśnictwa Pomorskiej Izby Rolniczej

(Forstabteilung der Pommerellischen Landwirtschaftskammer.)

Toruń, Sienkiewicza 40.

Mehrere Waggons

Speise-
kartoffeln

gekocht und sandfrei

kaufen gegen höchste Preise und erbitten Gil-
angebote

11094

Klewe i Zbrojski

Hurtownia Paszy

Toruń

Staromiejska 25

Telef. 863.

Weißkohl

kaufst waggonweise

12300

Erwin Hauser, Iczew. : Tel. 26.

98. Juchtwiehauktion
der Danziger Herdbuchgesellschaft e. V.
(Mit Weitvreisliche)

Am Mittwoch, d. 6. Dezember, vorm. 9 Uhr (Rübe),
u. am Donnerstag, den 7. Dezember, vorm. 9 Uhr
(Färse u. Bullen) in Danzig-Langfuhr.

Hülarenfaserne I. Auftrieb:

20 sprungfähige Bullen u. 400 hoch-

tragende Rübe und Färse.

Die Ausfuhr nach Polen ist unbeschränkt. Grenz-,
Zoll- u. Passhüterleiter bestehen nicht. Infolge
der hohen Druck- und Paviertolten muss der Ver-
käufer der Kataloge erheblich eingeschränkt werden,
doch sind letztere mit allen Angaben über Ab-
stammung und Leistungen der Tiere kostenlos von
der Geist. Danzig, Sandgrube 21, einzufordern. 11755

20000 M. pol. Belohnung!

In der Nacht v. 8—9. Ott. sind mit 2 Pferde
gestohlen. Spur nach Bistau. 1 Grauhimme-
Wallach, 8½ Jahr, 1,54 m groß, weiße Blese und
1 Grauwallach, 2½ Jahr, 1,60 m groß, Sterne
u. am Halse weiße Fledd. beide Mähne und
Schwanz kurz.

Besitzer Augmann, R. Pogliż.

Näheres darüber erteilt

A. Schilling, Wiebork, Pom.

12290

gekocht waggonweise

12303

kaufst waggonweise

12303

Die Verschuldung des Staates.

Wir lesen im „Purjer Warszawski“:

Der Stand und das Anwachsen der Verschuldung des Staates bei der polnischen Landesdarlehnskasse sind der wichtigste Gradmesser, das einzige und richtige Thermometer für eine bessere oder schlechtere Führung der Staatswirtschaft, der beste Hinweis auf eine Verbesserung oder Verschlechterung der finanziellen Lage des Staates. Denn was dem Staat an normalen Einnahmen abgeht, wird fast allein auf diesem Wege gedeckt. Wede in der Staatswirtschaft erreichte Erfahrung, jeder stärkere Druck, der die Staatsausgaben verringern soll, spiegelt sich in diesen Zahlen wider, die sich dann verringern. Ebenso ist es sofort aus diesen Ziffern ersichtlich, wenn irgend eine „freigiebige Hand“ in den Ausgaben wirtschaftet, wenn einem jeden der einzelnen Ressorts bewilligt wird, was dasselbe verlangt, wenn das Prinzip der Sparfamilie beiseite geschoben wird und wieder Verschwendungen der Steuergelder eingesetzt. Die Verschuldung des Staates bei der Landesdarlehnskasse spiegelt dies sofort wider.

Ende Mai 1922 betrug die Staatsschuld bei der Landesdarlehnskasse annähernd 60 Milliarden (genau 59.625 Milliarden). Man muss jedoch aus den angegebenen Gründen feststellen, dass im 4. Quartal 1921, obwohl die Danina noch keine Einnahmen gebracht hatte — diese Schuld zum ersten Male eine Vergrößerungstendenz gezeigt hat. In den drei letzten Monaten des Jahres 1921 betrug die Verschuldung des Staates bei der Landesdarlehnskasse der Reihe nach 20½, 15½ und 7 Milliarden, während sie sich im 3. Quartal vergrößerte, und zwar im Juli 1921 um 10, im August um 17½, im September um 20 Milliarden. Dies war die Folge der starken Beschniedigung der Kredite und der Sparfamilienpolitik.

Ende Mai 1922 betrug die Staatsschuld nur noch 217 Milliarden, d. h. sie verringerte sich um 4 Milliarden, was allerdings durch die Einnahmen aus der Danina in bedeutendem Maße gerechtfertigt erscheint. Die Regierungskrise (Juni 1922) verursachte eine Vergrößerung der Staatsschuld um 18 Milliarden, so dass diese Schuld am 30. Juni 1922 235 Milliarden betrug.

Wenn wir nun berücksichtigen, dass sich während des ganzen Jahres 1921 die Vergrößerung der Staatsverschuldung in der Summe von 161 Milliarden äußerte, in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 in der Summe von 90,3 Milliarden, so muss festgestellt werden, dass wir im ersten Halbjahr 1922 eine ständige Aufbesserung unserer Staatsfinanzen zu verzeichnen hatten. Es kommt nun die zweite Hälfte des Jahres 1922. Wir operieren mit den amtlichen Ziffern der Landesdarlehnskasse. Nach den Veröffentlichungen dieser Kasse stellt sich die Staatsverschuldung wie folgt dar:

am 30. 6. 1922 betrug die Schuld 235 Mill.	
" 31. 7. " " 260	
" 31. 8. " " 285	
" 30. 9. " " 342,5	
" 1. 11. " " 388,5	

D. h.: Im Laufe von 100 Tagen ist die Staatsverschuldung um 153 Milliarden, d. h. um fast ebensoviel gestiegen, wie sie während des ganzen Jahres 1921 (161 Milliarden) ausgemacht hat, und um zehnmal oder über 1000 Prozent mehr als im 1. Halbjahr des Jahres 1922.

Diese Lage ist äußerst beunruhigend. Viel drohender und gefährlicher aber ist es, die Dynamik dieser Verschuldung zu betrachten, die bei jedem denkenden Menschen die Furcht vor der bevorstehenden Katastrophe hervorrufen muss. Nach den ersten zwei Monaten, Juli und August 1922, die mit einer Vergrößerung der Staatsverschuldung von je 25 Milliarden abgeschlossen wurden, bewies der September 1922 eine Vergrößerung um mehr als 100 Prozent (56½ Milliarden), während die ersten 10 Tage des Oktober 1922 die erschreckende Vergrößerung um 46 Milliarden verursacht hatten.

Die Tragödie des Zuckers.

Der Verband der Kaufleute in Pommern veröffentlicht in polnischen Blättern nachstehenden Bericht:

In der heutigen Zeit wechseln die Verhältnisse von Tag zu Tag, ähnlich wie in einem Kaleidoskop. So hatten wir z. B. in den letzten Monaten mehrere Änderungen der Preise für Zucker zu verzeichnen. Diese Änderungen wurden in der Mehrzahl der Fälle den Verbrauchern von der Presse nicht mitgeteilt, so dass in der Regel die Gesamtheit die Schuld daran den Kaufleuten in die Schuhe schob, welche letztere angeblich aus Spekulationszwecken die Preise für diesen Artikel in die Höhe schraubten. Mit gegenwärtigem

De Dodentamer.

Von Karl Jacobson.

(Fortsetzung.)

„Wi kummt du dor aber hen, Fritz Witt?“ fragte Claus Pries ganz ernst.

„Do mien lewe Jung, dat wet ic ocl nich.“

„Bilicht kriegt du glif Blüm und kannst slegen as'n Bagel.“

„Dat kann gern sin, mien gode Jung.“

„Denn wüllst wi aber uppaffen,“ sagte die Kleine.

„Denn möt ji aber mi to Bett, dormit ji morgen fröh to rechter Tied medder up de Been steht.“

„Wat, du wüllst doch nich düssé Nacht all starben, Fritz Witt?“ fragte Heinrich.

„Ne, ich will dat jo noch nich gern, aber wer kann dat wissen?“

Dat dörftst du nich, ne, dat kann nich angahn. Wer schall uns denn de Piepen nieden und de Säbels maken und de Poppen lieben und Geschichten vertellen?“

„Ich will den lewen Gott hül Abend bidden, dat he di noch'n beten leben laten schall,“ sagte Marieken mit großen feuchten Augen.

Und keiner von uns lachte, wir alle hielten es für richtig und gut, dass die kleine blondlockige Fürbitterin uns den guten alten Freind erhalten möchte. Fritz Witt strich über ihr helles Köpfchen und meinte, dann würde der liebe Gott ihn genis noch ein paar Jahre am Leben lassen.

In unserem eisfrigen Gespräch hatten wir nicht bemerkt, dass der Hausverwalter mit zwei Leuten den unbekannten Toten durch die Hintertür hinausgetragen und in die Totenkammer gebracht hatte.

Der Hausverwalter kam zu uns und sagte, wir möchten jetzt noch Hause gehen und morgen nicht bei dem kleinen Hintergebäude herumspielen, denn dort läge ein stiller Mann, dem wir den Frieden nicht stören sollten, denn er hätte ihn nach schwerem Erdenweg wohl verdient.

Solchen Eindruck, wie der gute Armenvater mit diesen wenigen schlichten Worten auf uns machte, hatten Lehrer Mayers sämtliche Religionsstunden in einem ganzen Jahre nicht hervorgerufen. Still und nachdenklich gingen wir nach Hause.

Am anderen Tage war der schöne Schnee verschwunden. Es hatte gegen Morgen stark geregnet und fischte, wie man in jener Gegend zu sagen pflegt, bis zum Mittag, dann sah es sogar noch stärker ein, und aus unseren Spielen konnte heute nichts werden.

Bericht beabsichtigen wir nun diese überaus traurige Erscheinung etwas näher zu beleuchten.

Wir berichteten bereits seinerzeit, dass das Finanzministerium sämtliche Zuckervorräte in seine Obhut nahm, was zur Folge hatte, dass ein zeitweiliger Mangel an diesem Artikel auf dem Markt eintrat. Dieser Mangel wurde, was selbstverständlich ist, künstlich hervorgerufen. Anstatt die Höhe der Zuckerkazise auf einmal festzustellen, wurde diese leider allmählich erhöht, weshalb auch die Preise beständigen Änderungen unterlagen. So hatten wir z. B. im freien Handel nachstehende Zuckerpreise: 300 M., 350 M., 500 M., 550 M., während der vom Magistrat zugeteilte Zucker 350 und 390 M. kostete. — Gegenwärtig nun, d. h. am 5. November, erhöhte die Zuckerbank den Preis für Zucker auf 1250 M. pro Kilogramm, also 615 M. pro Pfund. Selbstverständlich wurden die Preise von den Zuckefabriken erhöht, da nach Ansicht einiger interessierter Kreise der Zucker bei dem heutigen Preis von 550 M. pro Pfund das allerbilligste Produkt sei.

Wie hat sich nun der Kaufmann dieser Lage gegenüber zu verhalten? Und wieviel verdient der Kaufmann beim Verkauf des Zuckers? Um nun nicht mit leeren Worten um uns zu werfen, führen wir nachstehend die Kalkulation beim Zuckerverkauf an, wie solche von dem beim Verband der Kaufleute in Pommern bestehenden Sektion der Kolonialwarenbranche festgesetzt wurde. Aus dieser Kalkulation geht nun hervor, dass der Verdienst des Kaufmanns am Zucker im Vergleich zu seiner Arbeit und seinen zahlreichen Mühen, denen er durch den Verkauf dieses Artikels ausgesetzt ist, direkt als lächerlich zu nennen ist. Mögen also nachstehende Zahlen sprechen:

Preis des Zuckers in der Zuckefabrik	615. — M.
1 Prozent Manko oder Verlust beim Transport und 2 Prozent für das hineingestochene Kapital, zusammen 3 Prozent	18,50 "
Kosten des Transports nach dem Lager	4. — "

Zusammen 637,50 M. Bruttoverdienst des Kaufmanns, worin enthalten sind: Unterhalt des Lagers, Unterhalt des Personals, Staats und Kommunalabgaben, Risiko (Diebstahl usw.), Verlust beim Auswiegen und anderes, Minimum 5 Prozent 31,80 "

Zusammen 669,30 M.

Der Preis beim Großhändler für ein Pfund Zucker, an welchem er höchstens 1 Prozent Reinoewinn erzielt, beträgt somit, wenn wir die Pfennige nach oben abrunden 670. — M.

Der Preis des Zuckers im Kleinhandel: Großhändlerpreis 670. — M.

Monto beim Auswiegen (2 Pfund pro Zentner) 2 Prozent 13,40 "

Papierdute 8. — "

Da nun der Kleinnehmer beim Verkauf des Zuckers in kleinen Partien bedeutend mehr Arbeit hat als der Großhändler, so muss auch dessen Bruttoverdienst zur Deckung aller obenangeführten Umlösen ein höherer sein und mindestens 7 Prozent betragen 48,30 "

Zusammen 739,70 M.

Somit beläuft sich der Preis des Zuckers im Kleinhandel nach Abrundung der Pfennige auf 740. — M.

Wie also aus obiger Kalkulation hervorgeht, ergiebt der Kaufmann aus dem Verkauf des Zuckers fast gar keinen Verdienst, sondern er führt diesen Artikel nur zur Bequemlichkeit seiner Kundenschaft. Obige Kalkulation wurde von der Sektion der Kolonialwarenbranche geprüft und die Preise von ihr auch angenommen, wobei sie den Standpunkt vertrat, der örmere Benützung die Folgen der hohen Preise dieses so wichtigen Nahrungsmittels nicht allzu sehr fühlbar zu machen.

An dieser Stelle müssen wir noch bemerken, dass, um einen Wagon Zucker aus der Zuckefabrik zu erhalten, man sich vorher mit dem ganzen Betrag (für einen ganzen Wagon) d. i. ungefähr 18 Millionen Mark, nach der Zuckerbank in Posen begeben und diesen Betrag gleich bei der Bestellung einzahlen muss. Sodann wartet man acht, im günstigsten Falle aber fünf Wochen, bevor man den Zucker aus Lager bekommt, selbstverständlich aber auch erst nach zahlreichen Mahnungen, Depeschenvorschuss, Telephon-Gesprächen usw.

Es wird sich einem unwillkürlich die Frage auf, zu welchem Preis eigentlich die Zuckefabrik gegründet wurde, da doch der Zucker im freien Handel zu haben ist und die Funktionen der Zuckerbank ganz gut auch jede Zuckefabrik erledigen könnte? Es liegt doch klar auf der

Hand, dass jede Zuckefabrik dies alles bedeutend schneller und besser erledigen würde. Leider aber ist die Zuckerbank nichts weiter, als ein sog. Käfer Trust der Herren Produzenten. Wenn es keine Zuckerbank geben würde, so würde sich zwischen den Zuckefabriken eine freie Konkurrenz herstellen und in vielen Fällen müsste dann auch ein Einfluss der Preise eintreten. Es muss doch einem jeden ins Auge fallen, welch bedeutenden Einfluss auf die Preise des Zuckers eine derartig kostspielige Vermittelung, wie der Unterhalt der Zuckerbank in Posen, haben muss, was zur Folge hat, dass die Verbraucher bedeutend mehr für den Zucker zahlen müssen, als er in Wirklichkeit kostet. Im laufenden Jahre werden wir höchstwahrscheinlich erheblich mehr Zucker produzieren, wie im vergangenen Jahre, müssen aber trotzdem den Zucker um 150 Prozent teurer bezahlen, als im vergangenen Jahre. Es ist dies wirklich eine höchst ungemeine Erscheinung. Auf diese Art und Weise wird in unseren Wirtschaftsverhältnissen niemals eine Gesundung eintreten und wir werden stets Deutzen einer Steigerung der Preise sein müssen, wenn in gewissen Kreisen eine so große Habiter in der Richtung der Erzielung größtmöglicher Gewinne herrschen wird.

Obige Ausführungen erklären zur Genüge, wo man die Ursachen für das ständige Steigen der Zuckerpreise zu suchen hat.

Aus dem Gerichtssaale.

* Posen (Poznań), 22. November. Ein umfangreicher Prozeß wegen grober Valutaschiebungen unter Mitwirkung eines Finanzbeamten, wobei das Urteil auf 15 bzw. 12 Jahre Buchthaus lautete. Am 16. d. M. vor der vierter Posener Strafkammer. Im November v. J. wurde an der deutschen Grenze ein gewisser Josef M. festgenommen, der ein Paket Papiergeld, enthaltend 11 Millionen polnische Mark, sowie eine größere Summe in Dollars und deutscher Mark mit sich führte. Auf dem Paket befand sich der Stempel des Devisenamtes und war M. auch im Besitz einer Legitimation, vom Delegierten des Finanzministeriums. Die eingeleitete Untersuchung ergab, dass das Paket von dem Kontrollbeamten des Büros des Delegierten des Finanzministeriums, Bogumił Dzibinski, abgestempelt worden war, der dem M. auch die Legitimation ausgestellt hatte. Ferner wurde festgestellt, dass Dzibinski eine derartige ungeheure Ausfuhr von Valuta bereits wiederholt erleichtert hatte und dass er von M. 140.000 Mark, von der Firma Baich u. Kirsch 1 Million Mark und von einem gewissen Chodzak 150.000 Mark für diese Müh erhalten hat. Für das erhaltene Geld kaufte Dz. bei der Firma Prandelt i. Ska, für eine Million Mark verschiedene Schnäppen. Es wurden zur gerichtlichen Verantwortung gezogen: Bogumił Dzibinski, Marjan Schmidt und Chudzak. D. ist auf Grund des Gesetzes über Vergehen im Amte, verübt aus gewinnstüchtigen Zwecken, angeklagt, die übrigen Angeklagten dagegen haben sich wegen illegaler Ausfuhr von Geld zu verantworten. Der Angeklagte Dzibinski bekannte sich schuldig und legte ein umfangreiches Geständnis ab. Er habe unter dem Einfluss Marjan Schmidts gehandelt, der den Vermittler zwischen ihm und den Valutaspekulanten spielte. Er sei von diesen Spekulanten, und insbesondere von einem gewissen B., direkt belästigt worden. Er gestand auch, dass er für mehrere Firmen die Vorderrolen abstempelte, ohne den Inhalt anzuhören, und dass er das durch Vermittelung des Schmidt Geld empfangen habe. — Der Angeklagte Schmidt bekräftigte aufs entschiedenste, Dzibinski bestohlen zu haben. Chudzak erklärte sich ebenfalls für unschuldig. — Der Staatsanwalt beantragte für Bogumił Dzibinski die Todesstrafe. Am 20. d. M. nachmittags 2 Uhr wurde das Urteil gefällt. Es lautete für Dzibinski auf 15 Jahre und für Schmidt auf 12 Jahre Buchthaus. Beide wurde freigesprochen. Was Dzibinski anbelangt, so ließ das Gericht dessen aufrichtiges und reumütiges Geständnis als Milderungsgrund gelten; im andern Falle hätte das Urteil auf Todesstrafe laufen müssen.

Überzeugung macht mahr!

Zigaretten

bekannter Firmen zu halben Fabrikpreisen lauft man bei Fr. Szymański, Poznań, ulica Wojskowa Nr. 31. (Gegenüber dem Haupt-Postamt.)

1223

Und in der Nacht kam der Tote an mein Bett, legte die Hand fest auf meine Brust und drückte mir schwer den Atem ab. „Warum hast du meinen Schlummer gestört?“ rief er mit bohler Grabesstimme. Ich wehrte mich und plötzlich kreischte ich laut auf.

Da stand meine liebe Mutter neben mir und strich mir sanft über die Stirn.

Zwei Tage darauf wurde der Unglückliche in die kalte Erde gelegt. —

Mein fröhliches Kindergemüt vergaß bald die ganze schreckliche Episode. Nur dann und wann, wenn ich an der Totenkammer vorüberging, fiel mir meine Untat wieder auf die Seele. Gesprochen hatte ich mit keinem Menschen darüber.

Erst im Sommer, als das Korn anfing zu reifen und Mochn und Raden blühten, löste mir ein Gespräch mit unserem alten Freunde Witt die Zunge.

Der alte, das blonde Marien und ich gingen durch die wogenden Mochnfelder, um von einem Bauernhofe Buttermilch für das Armenhaus zu holen. Die Sonne schien so hell, und die Blüten trillerten und jubilierten so lustig, und die Blumen leuchteten in buntem Schmuck, ein würziger Duft durchzog die prangende Welt.

Wir aber redeten von dem düsteren kalten Zude. Eine kindliche Frage der kleinen Marien hatte uns auf dieses erste Thema gebracht, und es möchte wohl für einen Fremden ein seltsamer Anblick gewesen sein, wie der schneeweisse alte Mann uns Kinder über das Sterben belehrte. Ernst und schweigend hörten wir ihm zu.

„Deit dat Sterben weh?“ fragte ich dazwischen. „Jo Peter, männigmal deit dat sehr weh. Aber uns Herrgott hett in si große Weisheit 'n Bloom wassen laten, de alle Wehdag wegnimmt. Ni kennt se beide. Dor an de Kant steht se, de schöne rode.“

„De Mahnbloom?“ riefen wir erstaunt. „Jo, de is dat. De Dokters makt ut ehrn Saft ne scharpe Medizin, und de geht se de Rück, wenn se veel Wehdag hett. Siekt in de Bloom man mal ordentlich an. De Buer seggt, dat is'n böses Unkraut, aber de lewe Gott weet will, worum he se wauen lett.“

Wir gingen ein Stücklein schwungend dahin, jeder mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt. Dann fragte ich plötzlich: „Du, Fritz Witt, kann 'n doden Menschen of wedder opwaken?“

„Nee, mien Jung, wer dot is, de wakt nich wedder op und rippt und rögt sic nich.“ (Schluss folgt.)

Die ganze Nacht hatte ich mich auf meinem Lager hin und her gew

Reichsaufßenminister v. Rosenberg.

Durch die Ernennung des deutschen Gesandten in Kopenhagen von Rosenberg zum Reichsaufßenminister ist die Kabinettsliste des Reichskanzlers Guno vollständig geworden. Minister von Rosenberg, der aus dem Konsulardienst hervorgegangen ist, war lange Zeit in der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt in Berlin tätig. Während des Krieges hatte er das Referat über die Balkanfrage. Nach der Revolution übernahm er die Leitung der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, legte sie aber im August 1919 nieder, weil er Anfang nahm an der "Fälschung des päpstlichen Schrittes vom Herbst 1917" durch die Nationalversammlungssrede Gräbergers. Im Juni 1920 ging er als Gesandter nach Wien. Dr. von Rosenberg gilt als tüchtiger Diplomat und einer der besten Kenner der Verhältnisse der Donaustaaten und des Balkans. Im August 1920 führte er während des Urlaubs von Staatssekretär Haniel vertretungsweise die Geschäfte des Auswärtigen Amtes. Dann wurde er mit der Vertretung des Reiches bei der dänischen Regierung betraut.

Die Ernennung des Sachverständigen in Balkanfragen zum Leiter der Außenpolitik des Deutschen Reiches dürfte nicht zuletzt auf die wichtigen Friedensverhandlungen in Lausanne zurückzuführen sein, aus denen sich leicht ein neuer Balkanbrand entwickeln kann, der die Funken zu einem neuen Weltkrieg überspringen lassen kann.

Das neue Reichskabinett wird sich voraussichtlich noch heute — am Freitag — dem Reichstag vorstellen. Die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte will einen förmlichen Vertrauensantrag stellen. Es ist anzunehmen, daß sich eine Mehrheit für diesen Antrag finden wird.

Die Vollmacht des Generals Stanislaus Haller.

General Stanislaus Haller, Inspekteur der 5. Armee, mit dem Sitz in Lemberg, wurde angewiesen, alle Mittel zur Sicherung vollständiger Ruhe in Ostgalizien in Anwendung zu bringen. Die Vollmacht, die derselbe zu diesem Zwecke von der Regierung erhalten hat, lautet:

Da sich die Versuche, in den Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Tarnopol Unruhen und Anarchie hervorzuheben, fortwährend wiederholen, überläßt die Regierung dem Herrn General den Kampf mit den auf diesen Terrains abgesetzten Banden und die Aufgabe der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Sicherung der Freiheit der Wahlen. Zum obigen Zwecke wird bis auf Widerruf bestimmt:

1. Auf Grund dieses wird dem Herrn General das Kommando über das ganze auf diesen Terrains sich befindende Militär (Korpsskommando Lemberg und Präfektur) übertragen; infolgedessen werden ihm alle Streitkräfte und Kommanden untergeordnet. Der Herr General ist berechtigt, im Rahmen der allgemeinen Direktiven die Art der Verwendung des Militärs nach eigenem Gutdünken anzuordnen.

2. Für die Zeit des dem Herrn General unvertrauten Kommandos untersteht derselbe dem Minister des Innern.

3. In der Frage der Normierung des Verhältnisses der Militärbehörden zu den Zivilbehörden ist der General berechtigt, den Zivilbehörden 1. und 2. Instanz im Namen des Ministers des Innern die zur Sicherung der Bevölkerungsfreiheit des Militärs und der öffentlichen Sicherheit notwendigen Anordnungen in Form von gültigen Erlässen auszugeben.

4. Der Herr General wird ermächtigt, im Ausmaße seiner Vollmacht die Behörden 1. Instanz Funktionäre des Sicherheitsweisen, Offiziere und Mannschaften der Polizeiabteilung abzuziehen. Diese Entscheidungen wird der Herr General den Wojewodschaften ausenden und sind dieselben für die Wojewodschaften bindend.

5. Gleichzeitig wird der Herr General ermächtigt, allgemeine oder teilweise Anordnungen bezüglich der Anwendung des Dekretes über die Aufnahme des Militärs in Ausnahmefällen (vom 2. Januar 1919, Dr. Pr. I, Pos. 80) und im Falle es für notwendig erachtet, auch die Verordnungen des Ministeriums über die Verwendung des Militärs zur Sicherung der öffentlichen Ruhe abzuändern.

(General Stanislaus Haller ist nicht identisch mit dem einzigen Kommandanten der Hallerarmee. Anm. d. Red.)

Deutscher Wahlprotest in Nordpommern.

Die "Dirschauer Zeitung" gibt folgendes bekannt:

Während aus anderen Gegenden der Republik größere Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen zum Sejm und Senat gemeldet wurden, wozu fraglos die außerordentlich loyalen Verordnungen des Ministerpräsidenten Monat beitrugen, hat der Wahlkampf im Bezirk von Nordpommern ein hervorwesentlich verschiedenes Gesicht gezeigt. Mag es nun daran liegen, daß gerade hier Dorf an Dorf als Spitzenkandidat aufgestellt wurde, und insgesamt noch reichlichere Geldmittel der Rechten hierher fllossen, oder mag es daher gekommen sein, daß von Posen aus die Person des deutschen Spitzenkandidaten, Domherrn Linke, in geradezu fanatischer Weise angegriffen und bekämpft wurde, jedenfalls steht es fest, daß mit allen legalen und mehr noch illegalen Mitteln unter Aufrechterhaltung des schlimmsten Nationalitätenhasses, und unter Peitscheneinstellung jedes menschlichen und kirchlichen Moral gekämpft wurde. Terror in öffentlichen Versammlungen durch Sprengkommandos, Terror auch hinter den Kulissen war die Waffe, mit der die Liste 8 hier einen von ihr selbst nicht erwarteten Erfolg errang. Man kann es da menschlich verstehen, wenn auch nicht gerade entschuldigen, daß danach viele deutsche Wähler ihrer Wahlpflicht nicht genügten. Aber auch amtliche Versüchte gegen die Wahlordnung sollen vorgekommen sein. In alle diese Vorfälle wird nun hoffentlich ein Wahlprotest nicht bringen, der am 21. d. M. dem Vorstand der Bezirkswahlkommission des 29. Wahlbezirks für den Sejm in Dirschau eingereicht wurde.

Der Wahlprotest stützt sich zunächst auf einen amtlichen Bericht der Wahlkommission. Unter den für die Wahl zum Sejm eingereichten Kandidaten befand sich hier auch eine Liste der sogenannten "Narodowa Partia Pracy", die mit den Namen Dr. Begarski, Nurkiewicz und Konieczny begann und die Nummer 23 erhielt. Obwohl diese Liste zunächst als gültig anerkannt worden war, wurde sie trotzdem nicht zum öffentlichen Druck gebracht, angeblich weil der Bevollmächtigte dieser Liste — es ist unbekannt, aus welchen Gründen — diese Liste zurückgezogen hat. Hierzu war er allein in keiner Weise berechtigt. Da das Bestehen einer

ferneren Liste das Ergebnis der Wahlen wesentlich hätte beeinflussen können, müßte dieser Grund allein genügen, um Ausschreibung einer Neuwahl zu rechtfertigen.

Ferner beruft sich der Protest auf den unerhörten, bereits erwähnten Wahlterror, der besonders in den Kreisen Neustadt und Pusig gegen die Wähler deutscher Nationalität geübt wurde. In Pusig z. B. waren die Sprengkommandos organisiert durch den unseren Besen bereits rühmlich bekannten Kreisinspektor Görny, gegen welchen auch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet wurde. Värmen und Schreien in den Versammlungen, vielfach gleich von Anbeginn, Drohung mit Gewalttäglichkeiten und gewaltamer Entfernung von Rednern, blutig ausgelauft Täglichkeiten veranlaßten vielfach panikartige Flucht der Versammlungen und haben auch später fraglos manchen deutschen Wähler von der Wahlurne ferngehalten. Über einen Vorfall aus dem Pusiger Kreise, bei welchem auf Veranlassung des Starosten ein Wähler durch den Vorsitzenden der Wahlkommission unter Zuhilfenahme eines Gendarmen an der Abgabe seiner Stimme gehindert wurde, hatten wir bereits berichtet. Bei der bekannten Unsicherheit mancher Kategorien von Bewohnern des ehem. preuß. Teilstaates über die Frage, ob sie das polnische Bürgerrecht besitzen oder nicht, mußte ein solcher Vorfall viele Wahlberechtigte dieser Kategorien davon abschrecken, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Der Wahlprotest enthält noch manche Einzelheiten, die den Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahlen begründen, und man kann gespannt sein, wie der Oberste Gerichtshof in Warschau, der für die Entscheidung zuständig ist, sich dazu stellen wird. Vor allen Dingen wäre es wünschenswert, daß eine amtliche Untersuchungskommission hierher gesandt würde, um die Vorfälle zu prüfen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 24. November.

Aenderungen im Eisenbahnhafplan.

Vom 1. Dezember treten auf der Strecke Inowroclaw — Thorn und auf der Strecke Inowroclaw — Bromberg folgende Fahrplanänderungen in Kraft:

Auf der Strecke Inowroclaw — Thorn werden die Dampfsäige 420/421 und 422/423 durch Triebwagenzüge ersetzt, während auf der Strecke Inowroclaw — Bromberg mit Ausnahme des Triebwagenzuges 228/229 nur Dampfsäige verkehren werden. In beiden Fällen unterliegen die Fahrpläne einzelner Züge einer teilweisen oder völligen Änderung.

Auf der Strecke Inowroclaw — Thorn wird der Fahrplan folgender sein: Triebwagenzug 420 geht um 2.20 nachts aus Inowroclaw ab und trifft um 3.20 nachts in Thorn ein. Er hält unterwegs in Wierchoslawice, Gniewkowo und Suchatówka. Triebwagenzug 421 verläßt Thorn um 3.50 nachts und kommt um 5.00 nachts in Inowroclaw an. Die Zwischenstationen sind hier dieselben wie bei Zug 420, nur in umgekehrter Reihenfolge. Triebwagenzug 422: Abfahrt Inowroclaw 7.40 früh, Ankunft Thorn 8.40 früh. Die Zwischenstationen dieselben. Triebwagenzug 423: Thorn Abfahrt 9.25 vorm. Inowroclaw Ankunft 10.35 vorm. Dieselben Haltestationen. Der Fahrplan der Züge 424 und 425 als Dampfsäige bleibt unverändert.

Auf der Strecke Inowroclaw — Bromberg tritt folgender Fahrplan in Kraft: Personenzug 222: Inowroclaw Abfahrt 6.20 früh, Bromberg Ankunft 7.30 früh. Personenzug 223: Bromberg ab 8.05 früh, Inowroclaw an 9.15 früh. Personenzug 224 verläßt Inowroclaw um 8.00 früh und trifft um 9.10 früh ein. Personenzug 226 fährt um 11.00 vorm. aus Inowroclaw ab und läuft um 12.10 mittags in Bromberg ein. Personenzug 227: Abfahrt aus Bromberg um 2.30 nachm. Ankunft in Inowroclaw um 3.40 nachm. Triebwagenzug 229: Bromberg Abfahrt 6.10 abends, Inowroclaw Ankunft 7.35 abends. Alle genannten Züge auf der Strecke Inowroclaw — Bromberg halten auf folgenden Stationen: Trzcinice, Brzoza, Nowawies, Wielta, Złotniki Kujaw, Jaksice. Zug 229 hat in Inowroclaw an den Zug 318 nach Posen Anschluß. Die Züge 221, 225, 230 als Personenzüge und Zug 228 als Triebwagenzug bleiben unverändert.

* Inowroclaw, 21. November. Die hiesigen Bädermeister verkaufen von heute ab das 3-Pfund-Brot mit 600 Mk. und die Semmel mit 35 Mark das Stück.

* Posen (Poznań), 23. November. Kriminalbeamte des 1. Polizeireviere verhafteten gestern einen ganz gerissenen Spießbüben, den 47 Jahre alten Arbeiter Lorenz Kolodziejczak aus Wilda. Dieser pflegte in letzter Zeit auf der Straße stehende Handwagen für sich zu beschlagen und dann sofort unter falschem Namen wieder zu verlassen. Sobald das Geheime war, ging er zu den früheren Eigentümern und erzählte ihnen gegen entzückende Belohnung, wer jetzt den Wagen beläuft. Auf diese Weise ließ er sich die von ihm gestohlenen Wagen doppelt bezahlen.

* Wollstein (Wołkowysk). 22. November. Ein besonderes Ereignis füllte am Sonntag abend den geräumigen Saal des Viktoriashöfels. Die "Wolfsberger Liebhaber" gab ihre erste Theatervorstellung. Eine Reihe hübscher Damen und Herren haben weder Bett, noch Mühe und Arbeit geschenkt, um das fünfaktige Lustspiel: "Dr. Klaus" von L'Arronge aufzuführen. Der Leiter der Vereinigung A. Schulz gab einleitend Zweck und Ziel dieses Unternehmens bekannt. Die Erwartungen der Zuschauer wurden voll befriedigt, wenn nicht gar übertroffen.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Lódz, 22. November. Im militärischen Bezirksgefängnis in der Targowastraße entstand am Sonnabend zwischen drei Gefangenen, als diese zwecks Reinigung der Zellen aus diesen herausgelassen wurden, eine Schlägerei, und der wachhabende Gendarm wurde misshandelt. Es entstand eine Verwirrung und alle Gefangenen, 60 an der Zahl, verließen ihre Zellen mit dem Ruf: "Haut die Lumpenkerle!" Die Gendarme zogen sich in den Hof zurück und alarmierten die Gefängniswache. Wie auf ein gegebenes Zeichen begannen nun sämtliche Gefangenen des dreistöckigen Gebäudes ihre Zellen zu zertrümmern. Die zerbrochenen Gegenstände und Möbelstücke waren sie durch die eingeschlagenen Fenster auf den Hof hinab. Als nach mehrfachen Aufforderungen das Unwesen nicht eingestellt wurde, erhielt die Wache den Befehl, zum Schießen. Daraufhin wurde ernst geöffnet geschossen, wobei zwei Gefangene getötet und fünf verwundet wurden. Hierauf bewegten sich die anderen und begaben sich in ihre Zellen zurück.

* Lódz, 22. November. Die neuen Straßenbahnhaftpreise, die ab heute gelten, sind folgende: Für Er-

wachsene und Militärpersonen höheren Ranges 140 M.; für Schuljugend, Kinder und Militärpersonen niedrigen Ranges (mit dem Umsteigerecht bis 9 Uhr früh) 70 M.; für die Lehrerstaffel der städtischen Volksschulen 120 M.; Monatskarten für Mitglieder der Stadtverwaltung 7000 M.; Monatskarten für alle anderen Institutionen und Privatpersonen 28000 M. Für eine Fahrt in der Nacht 420 M., für eine Fahrt von 10 bis 11.30 Uhr abends 280 M.

Aus den deutschen Nachgebieten.

* Aus Ostpreußen, 22. November. Sieben Zeitungsverbote. Der Oberpräsident hat auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik die nachfolgenden Zeitungen mit Nebenausgaben wegen Auslassungen in einem Artikel unter der Überschrift "Worte und Daten" auf die Dauer von vier Tagen verboten: "Osteroder Zeitung", "Wehlauer Tageblatt", "Tilsiter Zeitung", "Heiligbecker Zeitung", "Gerdauer Zeitung", "Mohruper Kreiszeitung". Das "Oberländer Volksblatt", Pr. Holland, das den gleichen Artikel zum Abdruck gebracht hatte, wurde in Verbindung mit einem anderen Artikel unter der Überschrift "Zum Verbot unserer Zeitung" auf die Dauer von drei Wochen bis einschließlich 12. Dezember verboten.

In Deutschland bestellt man die Deutsche Rundschau für den Monat Dezember durch Einzahlung von 200 Mark (einschließlich Porto) auf Postcheckkonto Stettin 1847.

Aus dem Gerichtssaale.

* Lemberg (Lwow), 23. November. Todesurteile gegen Bandenführer. In Przemysl verhandelte das Militärgericht am 21. d. M. gegen die beiden Bandenführer Murda und Schuntula. Das Urteil lautete gegen beide Angeklagten auf Tod durch Erschießen. Nach Bestätigung des Urteils durch den Bezirkskommandeur in Przemysl, General Patnik, wurde es am 23. M. vollstreckt.

Aleine Rundschau.

* Der Untergang der Osterinsel. Bei dem zweiten Erdbeben in Chile in der Gegend von Coquimbo sind, wie schon kurz gemeldet, die Osterinsel und die Mistyinsel vollständig verschwunden. Die Osterinsel gehört zu Chile und wird von 300 Polynesiern bewohnt. Die Insel, unzweifelhaft rein vulkanischen Ursprungs, hat der Wissenschaft manches Rätsel aufgegeben. Man hielt sie eine Zeitlang irrtümlich für den Rest eines früheren Kontinents zwischen Polynesien und Südamerika. Merkwürdig sind vor allem kolossale Steinbilder, die wie gewaltige Mauertrümmer die ganze Insel bedecken. Ein deutscher Forscher, Dr. Walter Knoche, hat vor etwa zehn Jahren einiges Licht in dieses Dunkel gebracht. Über die Entstehung dieser Steinbildmäler gibt es nach den Angaben des Forschers eine Tradition, nach der sie von früheren Bewohnern, die von den heutigen dort sesshaften Polynesiern "Langohren" genannt wurden, erbaut wurden. Die Denkmäler sind wahrscheinlich Ahnenbilder über Familiengräbern. Da man außerdem auch Schrifttafeln mit einer höchst ausgebildeten Schrift gefunden hat, standen die früheren Bewohner zweifellos auf einer recht hohen Kulturstufe. Jetzt ist die ganze Insel verschwunden.

* Dam hätte sie keinen Rechtsanwalt gebraucht. Ein Rechtsanwalt erzählte im "Tägl. Korr." folgenden niedlichen Scherz: Zu mir kommt in die Sprechstunde eine junge Dame und erzählt mir, sie habe drei Heiratsanträge, wisse aber nicht recht, wem sie das Jawort geben solle. Geschäftsmäßig frage ich: "Wer von den drei Freiern hat das meiste Geld?" — Da sieht sie mich groß an: "Ja, wenn ich das wüsste, dann hätte ich mich nicht nach einem Anwalt umgehoben!"

* Die Ritterrüstung als Diebesfalle. Eine ergäßliche Diebesgeschichte wird aus Paris gemeldet. Ein Dieb hatte sich dort in das Geschäft des Antiquitätenhändlers Tercellette eingeschlichen, um den Laden auszuräumen. Als er nun über die Treppe nach dem Ausstellungsraum hinaufstieß, fiel sein Blick auf eine neben dem Treppengeländer stehende Ritterrüstung, bei deren Anblick ihm der Gedanke kam, sie anzulegen, um, falls der Inhaber ihn überrasche, diesem als "Geist" gegenüberzutreten. Aber er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Herr Tercellette, der durch den Geräusch herbeigerauscht wurde, hatte kaum auf der Treppe stehenden Gepanzerter erkannt, als er sich auf ihn stürzte, ihn zu Boden warf und ihm mit einem schweren Stuhl den Kopf bearbeitete. In der schweren Rüstung war der Einbrecher außer Stande, sich zu wehren oder sich durch die Flucht den Hieben zu entziehen. Auf der Polizeiwache konnte man den Dieb aus seiner Rüstung nicht befreien, da Panzer und Helm sich unter der Einwirkung der erteilten Schläge festgeklemt und verhakt hatten. Erst nach 24 Stunden gelang das Befreiungswerk; in der Zwischenzeit war man genötigt, dem "armen Ritter" durch die schmale Öffnung des Wipers Nahrungsmittel anzubringen.

* Eine Aufführung bei geschlossenem Vorhang. Da eine Theateraufführung bei geschlossenem, eisernem Vorhang vor sich geht, diente zur Seltenseitigkeit gehörig. Im Leipziger Städtischen Schauspielhaus wollte der "Eiserne" nicht in die Höhe gehen und die Szene von Shaw's "Cäsar und Cleopatra" freigeben. Die neue Maschinerie stießte. Man reparierte eine Stunde an ihr herum — vergebens. Um den angebrochenen Abend nicht ganz verloren zu geben, trat Direktor Kronacher entschlossen vor die hartnäckige eiserne Gardine und verkündete, daß die Vorstellung, den Eisernen zum Tross, vor dem Vorhang stattfinden werde; wem es nicht recht sei, der mag sich das Geld an der Kasse zurückgeben lassen. Die Ziente, die dahlieben, hatten es nicht zu bereuen. Eine lustige Aufführung voll Improvisationen, die zum parodistischen Stil der Komödie sehr gut passte, kam vor der Gardine zustande. Die Sonnenlese saß in der Proseniumslodge, Cäsar kam aus dem Bühnenurl, und die kleine Bildkarte Cleopatra schwang sich über die Logenbrüstung, wenn sie ihren Auftritt hatte. Es war ein buntes Durcheinander. Nach der Pause übrigens gab der eiserne Vorhang die Blockade auf und die normale Szene frei.

* Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Aufführungen und Sankttagen sowie Öfferten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf dasselbe zu beziehen zu wollen.

